

Steuerfragen sind Machtfragen allererster Ordnung. Nicht nur die Debatten im Steuerantragsausschuss des Reichstages oder im Plenum, die zahllosen hartnäckigen Auseinandersetzungen und Scherenspiele in den Presseorganen zeigen uns dies deutlich genug, sondern selbst in den kleinsten Stadtparlamenten entbrennen die Gegensätze am heftigsten und unmittelbarsten, wenn es an die Beratung von Steuerentwürfen und die Art ihrer Ausgestaltung geht. Die Kämpfe um die Verteilung der Lasten schmelzen fast überall das Bürgerturn zu der „einen reaktionären Masse“ zusammen. Sie zeigen den Klassen Gegensatz in einer auch dem letzten Proletariat bewußt werdenden Klarheit. Sie sind deshalb besonders geeignet, das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft vor der arbeitenden Bevölkerung bloßzulegen und die Massen des Proletariats auf einer einheitlichen Kampfbasis zu vereinigen.

Jede Erhöhung der bestehenden indirekten Steuern auf Massenkonsumartikel bedeutet eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung von Millionen Menschen, die bereits bei den gegenwärtigen Verhältnissen unter der härtesten Last leiden. Sie bedeutet eine Warenpreiserhöhung, die durch keine Einkommenserhöhung ausgeglichen wird, eine Erhöhung des Kampfes um die körperliche und kulturelle Entwicklung des werktätigen Volkes. Von den bürgerlichen Parteien aber werden diese Bedenken gering geachtet und sie sind mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln in der Presse und innerhalb der Parlamente eifrig bestrebt, dafür zu sorgen, daß der Hauptteil der unbedingt aufzubringenden Beträge auf diesem Wege der indirekten Besteuerung beschafft wird.

Gegen die Erweiterung und Ausgestaltung der Einkommen- und Verbrauchssteuer aber wird mit einer verzweifeltsten Energie angeknüpft und der gesamte Apparat der öffentlichen Beeinflussung wird mobilisiert, um das drohende Unheil abzuwehren. Die laugen Beratungen im Reichstagsausschuss, die vorsichtige Zurückhaltung offizieller Äußerungen über den Plan der Lastenverteilung zeigen bereits, in welcher Richtung das Steuerrecht schließlich geändert werden wird, und daß ein steigender Eingriff in die Vermögenssituation durch Übertragung der Sachgründe oder auch nur eines kleinen Teils derselben auf die Allgemeinheit durch eine bürgerlich-rechtssozialistische Koalition niemals in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann. Die Interessen spielen bei diesen Erörterungen so stark aufeinander, daß heute schon kein Zweifel mehr an dem endgültigen Ergebnis bestehen kann, und daß selbst bei den Entschiedensten die Illusionen endlich zerfallen werden sollten.

Es muß gekämpft werden! Der Kampf geht um ein Lebensinteresse breiter proletarischer und halbproletarischer Massen, die das gemeinsame Ziel haben, nun endlich einmal die Steuerlast auf die Leistungsfähigen Kreise zu laden, nachdem schon bisher der größte Teil der Reichseinnahmen durch die indirekte Besteuerung und die vorläufig allein von den Lohn- und Gehaltsempfängern in vollem Umfang getragene Einkommensteuer aus den arbeitenden Massen herausgeholt worden ist. Die Aufklärung über die gegenwärtige Lage muß mit allen verfügbaren Kräften betrieben werden, vor allem aber muß der rechtssozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung sowie dem Heer der Indifferentsen klar vor Augen geführt werden, daß in dieser Situation die einheitliche Kampffront des gesamten Proletariats die unerläßliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Widerstand gegen die bestehenden Steuerpläne und für eine Durchsetzung der notwendigen Reformen ist. Das Bürgerturn sammelt auf allen Seiten keine Scharen, und es zeigt sich ganz deutlich, daß die Steuerfragen den festen Boden der bürgerlichen Parteien schaffen. Will die deutsche Arbeiterbewegung — Hand- und Kopfarbeiter — nicht endlich erkennen, daß der Bruderstreit nur dazu dient, die Geschäfte der Bourgeoisie zu befördern, und das Tag für Tag die reale Macht der Arbeiterklasse schwächt, während die Gegenrevolution immer eindringlicher und machtvoller wird? Schließen wir endlich auch unsere Reihen ganz eng aneinander, finden wir uns wieder auf dem festen Untergrund des entschlossenen Klassenkampfes und des gemeinsamen Ringens um die Verwirklichung unserer sozialistischen Ziele!

Aulock und Ehrhardt an der Arbeit!

Rüstungen der Rechtspolizisten in Schlessen.

Dem Vorwärts vom Dienstag entnehmen wir die folgende Breslauer Meldung:

Die Breslauer Volkswacht warnt in einem materialreichen Artikel unter der Überschrift: Diese Lust vor Anzeichen von politischen Absichten, die sich in Schlessen im Hinblick auf die Aufhebung des Selbstschutzes zu entwickeln scheinen. Während die Arbeiterbewegung sich bereit erklärt, den Selbstschutzesangehörigen bei der Rückkehr zur Arbeit zu Hilfe zu kommen, werde offen und in gutem Einverständnis weiter gearbeitet. Die Werbemethoden bekämen dabei einen eigentümlich eindeutigen Eindruck. Es sei ohne weiteres klar, was es bedeute, wenn jetzt in dem bekannten Stammlokal Aulock ein Teil der Verbündeten für den Selbstschutz vor sich gehe. Es sei auch einwandfrei festgestellt, daß jetzt in einem Hause, wo sich eine offizielle Abwägungs- und Aufstellungsstelle der Selbstschutzesleitung befindet, weiter gearbeitet wird!

Seit einigen Tagen werde auch dort jeder, der sich zur Werbung melde, zunächst nach einem Anweisung der Organe gefragt. Leute, die einen solchen Anweisung nicht befehlen, würden nicht angenommen, während man unmittelbar vorher und nachher Inhaber von Orgelpapieren neu einstellte. Für die Entwaffnung der Selbstschutzesangehörigen an der obern schlesischen Grenze sei anscheinend die Schutzpolizei zu schwach. Ein Bericht aus dem Kreise Riesa meldet, daß Arbeiter dort umfangreiche Waffentransporte anhielten, die von einem Gefreiten Westarp gefolgt wurden und deren Begleiter sich laut kriegerischer Volkzeitung als Arbeiter verkleidet hatten. Die Polizei, der die Arbeiter von Transport übergeben, ließ die Waffenschieber samt Waffen in der nächsten Nacht durchbrennen. Der Fall sei nicht der erste dieser Art.

Die Volkswacht veröffentlicht ferner ein Rundschreiben des Landesbezirks Niederschlesien der Technischen Nothilfe vom 28. Juni, in welchem es heißt, daß für die nächste Zeit in Breslau mit einem Generallstreik gerechnet werden müsse. Für diesen Fall brauche der Landesbezirk für die lebenswichtigen Betriebe der Stadt Breslau die Unterstützung der Orts- und Landesgruppen der Proping. In der Breslauer Arbeiterbewegung ist zur Zeit der Duldung des Rundschreibens kein Wort von einem bevorstehenden Generallstreik laut geworden. Die Volkswacht berichtet schließlich, daß gegenwärtig in Schlessen sich eine Reihe bekannter „Nazisten“ sammeln, darunter Aulock, Pöwenfeld und Bökler vom Frontbund, der unter dem Namen v. Mauritz sich mit der Sicherung des Selbstschutzes von Republikanern beschäftigt. Auch Kapitän Ehrhardt sei zur Zeit Gast beim Stabe des Freikorps Oberland. Die schlesische Arbeiterbewegung werde sich von diesen Herren nicht überraschen lassen, sie wisse, was sie zu

tun habe, sobald einer von ihnen sich Macht anmaßen will. In der obersten schlesischen Frage aber könne ein politisches Abenteuer nur ein für alle Mal der Entschädigung unserer schärfsten Gegner ausliefern. Ueber die Arbeiterbewegung hinaus, auf deren Wahnsinn man sich verlassen könne, sei daher die Mahnung an alle zu richten, die es mit Deutschland gut meinen, in Schlessen jetzt auf der Hut zu sein.

Es wird also in Schlessen weitergeworben — allen Verordnungen der Reichsregierung zum Trotz. Natürlich ist das nur möglich, weil die Behörden auf die Verordnung der Reichsregierung pfaffen, sie sabotieren helfen, nicht sehen, wo sie sehen sollten! Ob die Reichsregierung sich nicht endlich einmal Respekt verschaffen kann, indem sie solche pflichtvergessene Beamte an den Krügen nimmt. Die ehrenwerte Polizei, die die Waffenschieber laufen ließ, wäre doch ein geeignetes Objekt für die Energie der Reichsregierung. Der Innenminister Dr. Gradnauer hätte hier nach den Rechten zu sehen! Aber wird er die Courage haben, sich gegen seinen preussischen Kollegen, den „Demokraten“ Dominicus durchzusetzen, der das Entzücken aller Reaktionäre und die beste Stütze des preussischen Reichstagsabteils Siegerwald bildet!

Herr Gradnauer möchte auch nachfragen, wie es möglich ist, daß der Ober-Kappbandit Ehrhardt immer noch frei herumlaufen kann. Sowie wir wissen, ist bisher der Haftbefehl gegen diesen „Unausfindbaren“ noch nicht aufgehoben. Oder doch? Vielleicht könnte ihn die Polizei jetzt in Schlessen bei der Arbeit für eine Neuaufgabe des Kapp-Putschs erwischen? Oder kann sie ihn auch jetzt nicht finden?

Der Führer der schlesischen Mörder- und Schinderbände, der verächtliche Aulock, ist natürlich auch bei dieser Vorbereitung für einen neuen Putsch unbeschäftigt. Der Herr ist so krank — auf der Brust —, daß ihn die rechtschaffenste Justiz vor langer Zeit aus der Haft entlassen mußte. Jetzt ist er wieder so tüchtig, daß er von neuem Hochverrat organisieren kann. Deswegen wird er selbstverständlich nicht wieder eingesperrt. Ist er vielleicht inzwischen auch amnestiert, wie seine Schinderknechte, deren Unmenschlichkeiten ein unparteiisches Reichsgericht, der Herr der Gerechtigkeit, als politische Verbrechen erkannte, die unter die Amnestie fallen? Er hat die Verantwortung für verschiedene Morde jehusfischer Art und andre Greuelthaten, aber das wäre für das höchste Gericht Deutschlands sicherlich kein Hindernis, den verdienten Kämpfer gegen die verhasste Republik entsprechend zu bestrafen.

Die Vorgänge in Schlessen zeigen wieder einmal, wie von der Verwaltung und der Justiz in der schamlosesten Weise gegen die Republik gehandelt wird.

Ob die Reichsregierung die Energie aufbringen wird, um mit diesem Zustand aufzuräumen, ist sehr fraglich.

Die Arbeiterbewegung muß deshalb allezeit gerüstet sein, einen neuen Kapp-Anschlag abzuwehren!

Belagerungszustand und Geiselnahmen in Beuthen.

Beuthen, 5. Juli. Die Nacht ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Unter dem verstärkten Belagerungszustand wird die Straßenaufsicht auf das strengste durchgeführt. Der Straßenverkehr ist von 6 Uhr abends bis 6 Uhr früh verboten. Niemand darf die Stadt auf der Eisenbahn oder Straßenbahn verlassen. Bei den gestrigen Vorgängen an der neuen Kaserne wurde der französische Bataillonkommandeur durch einen Kopfschuß getötet, ein Sergeant wurde verletzt. Auf deutscher Seite sind vier Mann und ein Schutzmädchen getötet worden. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest.

Gestern abend wurde das deutsche Plebiszitkommissariat in Beuthen von Franzosen durchsucht. Einzelheiten sind darüber nicht bekannt.

Der Redakteur der Morgenpost in Königsbrunn ist verhaftet und nach dem Lager von Reusbrunn verschleppt worden. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften richten an die deutsche Bevölkerung die dringende Mahnung, weiter Ruhe zu bewahren und alles zu vermeiden, was der deutschen Sache Schaden könnte.

Der Kreisinspektor und der Militärkommandant von Beuthen warnen durch öffentliche Ansprachen vor Zusammenrottungen, da Ansammlungen gewaltsam auseinandergetrieben werden würden.

Berlin, 6. Juli. Infolge des Zwischenfalls in Beuthen sind weitere Gesteine, meist Führer der deutschen Parteien und Gewerkschaften, festgenommen worden. In einem Aufruf des Zwölferauschusses der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens werden die Wortkämpfer in Beuthen auf das lebhafteste bedauert und die Bevölkerung zur Ruhe und Besonnenheit aufgefordert. Die internationalisierte Kommission solle als alleinige Obrigkeit respektiert werden.

Unter italienischem Schutz.

Katibor, 5. Juli. Die Jüge bis Apollon werden von italienischen Soldaten begleitet und zwar auf Befehl des italienischen Kreisinspektors.

Fortdauer der polnischen Unruhen?

Berlin, 6. Juli. In einer Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung aus Oppeln wird der polnische Aufstand als Oberstes als reine Komödie bezeichnet. Nachrichten über das Vorkommen von polnischen Banden hinter den Linien der internationalisierten Truppen lassen immer mehr ein Tagüber verhielten sich die Banden, die in den Wäldern versteckt seien, ruhig; nachts überfielen sie die Häuser der Deutschgesinnten, verprügelten die Deutschen, plünderten und raubten. In den Wäldern um Gleiwitz wimmelte es von schwerbewaffneten Insurgenten. In den Kreisen Rybnitz und Katibor hätten sie in einer Reihe von Orten wieder die Gewalt an sich gerissen. Die deutsche Bevölkerung flüchte in Massen westwärts. Die über die Grenze gelangenden Insurgentenverbände sehen regulär zusammengefaßt hinter der Grenze und halten militärische Übungen ab. Die im Aufstandesgebiet zurückgebliebenen Insurgenten und Halber-Soldaten sind nur bis zum 7. Juli beurlaubt; auch beziehen sie ihre Löhnung weiter. Es ist ihnen ausgedehnt worden, sich für einen baldigen Aufbruch zu bereiten. Alle diese Angaben deuten auf einen drohenden vierten polnischen Aufstand hin, der am 10. Juli durch einen Generallstreik eingeleitet werden soll.

Die Verantwortung für diese Angaben müssen wir dem Stinnes-Blatt überlassen. Daß nach einem so langen und schweren Bürgerkrieg die Ruhe nicht mit einem Tage wieder zurückkehren kann, ist nur selbstverständlich; davon zeugen ja nicht nur die polnischen Bandenüberfälle, sondern auch die bedauerlichen Vorfälle in Beuthen. Wenn die nationalpolitischen Blätter aber die Gefahr eines neuen polnischen Aufstands an die Wand malen, so spürt man allzu deutlich das alte Streben der reaktionären Formationen, dadurch ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, um sich vor der Auflösung zu retten.

Ein Communiqué des Garantiekomitees.

Das Garantiekomitee hat knapp nach seiner Abreise von Berlin ein Communiqué über seine Verhandlungen mit der deutschen Regierung herausgegeben, das zuerst vom Wolff-Bureau gänzlich falsch und verflümmelt wiedergegeben wurde. Aus dem richtig gestellten Wortlaut, der jetzt vorliegt, geht hervor, daß das Communiqué sich ungefähr mit den Mitteilungen deckt, die die deutsche Regierung seinerzeit über das Ergebnis der Verhandlungen gemacht hat, wenn auch in einzelnen Punkten vom Garantiekomitee einschränkende Klauseln für ihre Zugeständnisse gemacht wurden, die die deutsche Regierung merkwürdigerweise nicht für notwendig fand zu erwähnen.

Der großen politischen Bedeutung halber, die dem Communiqué zukommt, wollen wir es im Wortlaut mitteilen:

Das Garantiekomitee teilt mit:

Berlin, 4. Juli. Im Laufe der gegenwärtig in Berlin stattfindenden Verhandlungen zwischen dem Garantiekomitee und der deutschen Regierung gab die letztere eine Anzahl Bedenken und Anregungen bekannt, zu denen das Garantiekomitee in einer Reihe von Mitteilungen Stellung nahm, die es an die deutsche Regierung richtete.

Die deutsche Regierung betonte die Notwendigkeit, dem Wort „Export“, das im Zahlungsplan vom 5. Mai angewandt wird, eine genaue Begriffsbestimmung zu geben. Sie machte weiter aufmerksam auf die Unzuträglichkeiten, die sich aus der Wahl der Exportlisten als Index zur Berechnung der variablen deutschen Jahreszahlungen ergeben.

Diese beiden Punkte hat das Garantiekomitee, nachdem es die deutsche Regierung veranlaßt hat, ihre Bedenken genau zu umschreiben, lediglich zur Kenntnis genommen und mitgeteilt, daß es sie der Reparationskommission übermitteln werde, der allein eine etwa in Aussicht genommene Interpretation und Modifikation zustehe, da die in Frage stehenden Bestimmungen von ihr ausgegangen seien.

Die deutsche Regierung hat auf die Unzuträglichkeiten hingewiesen, die ihrer Forderung aus der Tatsache entstehen könnten, daß die Forderungszinsen für die Sicherstellung der Zahlungen in Anspruch genommen werden. Bezüglich dieses Punktes hat das Garantiekomitee das Mittel angegeben, durch welches die von der deutschen Regierung befürchteten Unzuträglichkeiten vermieden werden können, ohne daß dabei die Inanspruchnahme des Forderungszinses für die Sicherstellung der Zahlungen aufgegeben wird.

Die deutsche Regierung hat gleicherweise den Wegfall der Erhebung der 2prozentigen Exportabgabe verlangt. Das Garantiekomitee hat sich ausdrücklich das Recht vorbehalten, die Erhebung dieser Abgabe zu fordern, um die für die Zahlungen notwendigen Devisen zu erlangen, wenn die anderen Mittel zur Beschaffung dieser Devisen nicht genügen.

In ihren Vorschlägen wies die deutsche Regierung eine Anzahl Finanzquellen nach, die bestimmt seien, teils als Ersatz des Forderungszinses und der Exportabgabe zu dienen, teils die für die jährlichen Zahlungen notwendigen Summen zu liefern. Unter Vorbehalt dessen, was im Vorausgehenden bezüglich des Forderungszinses und der Exportabgabe gesagt worden war, hat das Garantiekomitee die Vorschläge der deutschen Regierung zur Kenntnis genommen und hat angegeben, wie es sich die Anpassung dieser Finanzquellen im Hinblick auf den normalen Gang der Sicherstellung der Zahlungen denkt.

Bei dieser Gelegenheit hat das Garantiekomitee die deutsche Regierung darauf hingewiesen, daß das ganze Gleichgewicht des Zahlungssystems auf einer gewissen Stabilität der Mark beruht und daß diese Stabilität nur erreicht werden kann, wenn vorher durch notwendige Reformen das deutsche Budget ins Gleichgewicht gebracht worden ist.

Endlich hat das Garantiekomitee im einzelnen die Maßnahmen auseinandergesetzt, die es für notwendig hält, um sich von der Richtigkeit der Zahlen zu überzeugen, die sich aus Rechnungsausweisen und Statistik über den Export, über den Forderungszins und über die Steuereinkünfte, die für die Sicherstellung in Anspruch genommen werden, ergeben.

Die deutsche Regierung ist gegenwärtig mit der Prüfung der ihr übergebenen Notizen beschäftigt und die Unterhandlungen zwischen ihr und dem Garantiekomitee werden teils in Paris, teils in Berlin fortgesetzt werden.

Was das am 1. Mai 1922 ablaufende Reparationsjahr betrifft, so wird unter der Voraussetzung, daß die geordneten Erwartungen sich erfüllen und die deutschen Zahlungen richtig sind, der größte Teil der von Deutschland zu leistenden Zahlungen durch die bereits geleistete Zahlung einer Milliarde Goldmark, die Sachlieferungen und den Ertrag der englischen Reparationsbill gedeckt sein, so daß die noch von Deutschland in fremden Devisen zu leistende Summe vermutlich 300 Millionen Goldmark nicht übersteigen wird.

Berlin, 6. Juli. Wie die F. V. N. hören, ist das Garantiekomitee, dessen Sitz in Paris gelassen worden ist, in Berlin durch eine ständige Delegation mit einem Präsidenten an der Spitze vertreten.

Gewaltige Wiederaufbau-Aufträge.

Paris, 6. Juli. Der Intransigent, der sich über den Stand der Wiederaufbauverhandlungen am informiert zeigt, erwartet, daß im Laufe der nächsten Woche ein Abkommen zwischen Douhaire und Rathenau zum Abschluß eines Abkommens stattfinden wird. Wie das Blatt weiter meldet, soll sich die gesamte Höhe der in Aussicht genommenen Lieferungen auf 15 Milliarden Franken belaufen. Außer dem Wiederaufbaumaterial und den Fertigfabrikaten anderer Art beabsichtigt die französische Regierung in Deutschland 500 Lokomotiven und 25 000 Eisenbahnwagen neuester Konstruktion zu bestellen. Von Holzhäusern hat man bereits eine ganze Reihe verschiedener Modelle in Auftrag gegeben, die im zerstörten Gebiet praktisch ausgeprobt und bei Bewahrung als Notbauten dienen sollen. (Frankf. Ztg.)

Wann tritt der Oberste Rat zusammen?

Paris, 6. Juli. Der Intransigent glaubt, mitteilen zu können, daß die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates entweder in Paris oder in Brüssel vor dem 1. August abgehalten wird.

Paris, 6. Juli. Wie der Intransigent mitteilt, ist die für heute in Paris angelegte Besprechung der alliierten Finanzminister vertagt worden. Die Konferenz soll am 16. Juli in London zusammentreten.

Jagow und das sappirische Reichsgericht.

Berlin, 5. Juli. Heute ist nun endlich der Justiz-Standal im Falle Jagows verhandelt worden. Zwei Interpellationen gaben Veranlassung dazu. Für die Regierungsparteien begründete der Zentrumsführer Spahn die Interpellation. Sie verlangt Auskunft darüber, was die Regierung zu tun gedenkt, um den größten aller bisherigen Justizskandale aus der Welt zu schaffen. Der Interpellant, der ehemals selbst Mitglied des Reichsgerichts war, vermißte es ängstlich, ein Wort über das Reichsgericht zu sagen, das erst den Jagowischen Skandal geschaffen hat. Er tabelte schließlich das Verhalten Jagows und begnügte sich mit dem Verlangen, daß die Regierung nun antworte. Der Reichsjustizminister Schiffer hatte im Haushaltsausschuß erklärt, Jagow könne nicht in Untersuchungshaft genommen werden, weil sein Aufenthalt unbekannt und er auch krank sei. Darauf hat Jagow zwei Herren aufs große